

Präsidentschaftskandidat setzt fest auf Frankreichs Hausärzte

Der konservative französische Präsidentschaftskandidat François Fillon will das Gesundheitssystem reformieren. Die Rolle der Hausärzte soll aufgewertet werden.

VON DENIS DURAND DE BOUSINGEN

PARIS. Nach seinem klaren Sieg bei den Vorwahlen spricht sich der bürgerlich-konservative französische Präsidentschaftskandidat François Fillon für eine drastische Reform der Gesundheitspolitik aus. Die Sozialisten geraten in helle Aufregung, sie warnen vor einem Abbau der Krankenversicherungs-Leistungen, falls Fillon am 6. Mai 2017 zum Präsidenten gewählt werden sollte. Fünf Monate vor dem Wahltermin steht fest: die Gesundheitspolitik wird ein wichtiges Thema sein.

Fillon will die Aufgaben der niedergelassenen Ärzte aufwerten und von bürokratischen Hürden befreien. Dies bedeutet unter anderem mehr Honorarfreiheit sowie die Streichung des bei den Ärzten extrem unbeliebten Sachleistungsmodells, das trotz vieler Ärztoproteste und einer Entscheidung des Verfassungsgerichts ab Mitte 2017 teilweise in Kraft treten soll.

Fillon kann mit der Unterstützung der Mehrheit der Ärzte rechnen, die die sozialistische Politik breit ablehnen, auch wenn sich die meisten Mediziner laut Umfragen seinen unterlegenen Vorwahlgegner Alain Juppé als Kandidat gewünscht hätten.

Der Kandidat für das höchste Amt im Staat will in den kommenden fünf Jahren 100 Milliarden Euro sparen, allein 20 Milliarden Euro im Gesundheitswesen. Dazu würden die Arbeitgeber um rund 40 Milliarden Euro an Sozialbeiträgen entlastet, um die Arbeitskosten deutlich zu reduzieren.

Gefragt ist Kosteneffizienz

Fillons Plänen zufolge soll die Krankenversicherung ihre Leistungen deutlich kappen. Für eine Reihe von Krankheiten und Arzneimitteln soll es keine Erstattung mehr geben. Nur noch die Kosten von schwersten Krankheiten sollen übernommen werden. Zugleich erhalten den Plänen zufolge alle Gesundheitseinrichtungen die Vorgabe, rentabler zu arbei-



Der konservative französische Präsidentschaftskandidat François Fillon hat ein hartes Sparprogramm für Gesundheit und Soziales angekündigt. Bei Ärzten macht er sich beliebt, weil das Sachleistungssystem kippen will. © NICHOLAS GUILLO/DPA

20 MILLIARDEN

Euro will der französische Präsidentschaftskandidat der Konservativen, François Fillon, in den nächsten fünf Jahren im chronisch defizitären Gesundheitswesen einsparen.

ten. Da Fillon nicht weniger als 500 000 Beamtenstellen streichen will, müssten Krankenhäuser mit strengen Personalkürzungen rechnen. Klinikangestellte sind in Frankreich Beamte.

Patienten, die sich weiter für eine volle Übernahme aller Gesundheitsausgaben entscheiden, müssten sich den Plänen zufolge neben der Pflichtkrankenversicherung auch privat versichern. Die Rolle der Privatversicherungen als Zusatzversicherung im Gesundheitswesen würde deutlich erweitert.

Die Vorstellungen Fillons werden von den Sozialisten und allen Linksparteien als Horrorprogramm abge-

lehnt. Sie fürchten sich vor der Zerstörung der staatlichen Krankenversicherung Sécurité Sociale und werden zu diesem Thema von einem großen Teil der Bevölkerung unterstützt. Auch vielen Anhängern seiner eigenen Partei geht Fillons Gesundheitsprogramm zu weit.

Sozial- und Gesundheitsministerin Marisol Touraine (Sozialisten) erklärte unterdessen, dass es das traditionelle „Loch in der Krankenversicherung“, die seit vielen Jahren ein Defizit aufweist, Ende 2017 nicht mehr geben werde.

Strengere Sparmaßnahmen

Musste die Krankenversicherung Ende 2010 noch einen Fehlbetrag von fast 12 Milliarden Euro verbuchen, sei für 2017 eine ausgeglichene Bilanz zu erwarten. Dafür werden ab 2017 viele Sparmaßnahmen ausgeweitet oder neu eingeführt. Vorgesehen sind weitere Arzneimittelpreissenkungen, eine erweiterte Begrenzung der ambulanten und stationären Ausgaben sowie Erhöhungen von verschiedenen Sozialsteuern.

Die Regierung, die vor einigen Wochen erneut versucht hatte, die Niederlassungsfreiheit junger Ärzte im Interesse einer flächendeckenden Versorgung der Patienten zu begrenzen, musste diesen Vorschlag aus Angst vor neuen Ärztestreiks zurückziehen.

Während Touraine ihre Bilanz stolz präsentiert hat, sprechen die bürgerlichen Parteien von rechnerischen Tricks. Zwar lag noch vor einem Jahr das Defizit der Krankenversicherung bei nur noch vier Milliarden Euro, doch kann von einer völligen Erholung der Finanzlage immer noch nicht die Rede sein: Viele Ausgaben wurden einfach auf anderen Posten verlagert, um die Statistiken schöner zu machen.

In der neuen Regierung, die nach der Rücktritt des Premierministers Manuel Valls unter Leitung von Bernard Cazeneuve am 6. Dezember umgebildet wurde, ist Touraine in ihrem Amt bestätigt worden. In den fünf kommenden Monaten bis zur Wahl wird sie weiter kämpfen und ihre Bilanz verteidigen. Sie mahnt, die Einführung der gesundheitspolitischen Vorschläge von Präsidentschaftskandidat Fillon werde jeden Franzosen mehr als 3000 Euro im Jahr kosten. Fillons Anhänger weisen diese Rechnung als absurd zurück. Weitere Konflikte bis zur Wahl sind programmiert.